



Medienmitteilung

Jahresmedienkonferenz Preisüberwacher

Datum

01.03.2013

2013 sind die Kostentreiber im Visier

Im vergangenen Jahr standen Preise und Tarife im Gesundheitswesen und das Thema der Frankenstärke besonders im Fokus des Preisüberwachers. Generell war das vergangene Jahr reichbefrachtet: Neue Höchstzahlen sind in den Bereichen Bürgeranzeigen (2796), abgeschlossene einvernehmliche Regelungen (12) sowie abgegebene Empfehlungen an politische Behörden (über 100) zu verzeichnen. Das laufende Jahr wird insbesondere im Zeichen der Bekämpfung wichtiger Kostentreiber sowie der Verbesserung der wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen stehen.

Intensiv beschäftigt hat den Preisüberwacher namentlich die per Anfang 2012 in Kraft getretene neue Spitalfinanzierung und das neue nationale Abrechnungssystem für stationäre Spitalleistungen **SwissDRG** (Fallpauschalen). Da die Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern in vielen Fällen scheiterten oder es zu hohen Tarifabschlüssen kam, musste der Preisüberwacher rund 60 Empfehlungen zu den sog. Baserates (Basisfallpreisen) an die zuständigen Kantone abgeben. In vielen Fällen liegen die Empfehlungen des Preisüberwachers deutlich unter den von den Tarifpartnern beantragten Tarifen. Die Differenzen belaufen sich auf mehrere hundert Millionen Franken zu Lasten der sozialen Krankenversicherung. Es liegt nun an den Kantonsregierungen, über die Anträge und die Empfehlungen des Preisüberwachers zu befinden. Der Preisüberwacher wird seine Empfehlungen in den zu erwartenden Beschwerdeverfahren gegenüber dem Bundesverwaltungsgericht nötigenfalls verteidigen. Weiter wird er zuhanden der Kantone Stellung nehmen zu den Baserates 2013.

Bei den **Medikamentenpreisen** hat sich der Preisüberwacher für eine konsequente Umsetzung des Auslandpreisvergleichs und eine konsequente Anpassung der Preise an die veränderten Wechselkursverhältnisse eingesetzt. Dieser Anpassungsmechanismus wurde von der Pharmabranche ernsthaft in Frage gestellt. Auch dank den Bemühungen des Preisüberwachers legte das Bundesamt für Gesundheit dem Auslandpreisvergleich schliesslich einen einigermaßen marktnahen Wechselkurs zu Grunde, so dass sich – aufgrund der jährlich auf einen Drittel der Medikamente bezogenen Preisüberprüfung - Einsparungen von über 200 Mio. Franken pro Jahr erzielen lassen dürften. Der Preisüberwacher behält die weitere Entwicklung im Auge.

Zum Thema **Frankenstärke** und deren **Auswirkungen auf die Importpreise** publizierte der Preisüberwacher einen ausführlichen Bericht. Er zieht darin - was die Weitergabe der Wechselkursvorteile anbetrifft - eine vorsichtig positive Bilanz. Das Problem der **Hochpreisinsel** Schweiz besteht aber nach wie vor bzw. hat sich zum Teil wechsellkursbedingt noch verschärft. Bei den Anstrengungen zur **Schleifung der Hochpreisinsel** darf deshalb nicht nachgelassen werden. Neben Massnahmen zur Aufhebung der Marktabschottung durch einen konsequenten Abbau bestehender bzw. eine Verhinderung neuer Handelshemmnisse sind auch auf dem Binnenmarkt Reformen unerlässlich. Zu erwähnen sind insbesondere die *Verschärfung des Kartellgesetzes*, die *Öffnung des geschützten Agrarmarktes*



sowie die *Verbesserung von sektorspezifischen Regulierungen* wie zum Beispiel im Fernmelde-, im Energie- oder im Gesundheitsbereich.

Eine einvernehmliche Regelung von grundsätzlicher Bedeutung konnte mit der **Kabelnetzbetreiberin** upc cablecom GmbH abgeschlossen werden. Sie regelt den Übergang vom analogen zum digitalen Fernsehgrundangebot. Das Unternehmen verpflichtete sich gegenüber dem Preisüberwacher das Grundangebot ohne Verschlüsselung anzubieten. Dieser Schritt erfüllt eine langjährige Forderung des Preisüberwachers. Im Gegenzug akzeptierte der Preisüberwacher eine über zwei Jahre gestaffelte Preiserhöhung von 90/60 Rappen. Auch mit drei regionalen Kabelnetzbetreibern erzielte er eine Einigung über Preissenkungen bzw. eine Angebotsverbesserung.

Mit dem Verband öffentlicher Verkehr (VöV) hat sich der Preisüberwacher im Rahmen einer einvernehmlichen Regelung auf reduzierte Preiserhöhungen bei den **Tarifmassnahmen im Personenverkehr** per 8. Dezember 2012 geeinigt. Die reduzierten Erhöhungen sind durch eine Erhöhung der vom Bund beschlossenen Trassenpreise begründet. Die auf zwei Jahre abgeschlossene Vereinbarung bringt den Bahnkundinnen und Bahnkunden über diesen Zeitraum gerechnet eine „Entlastung“ von rund 34 Mio. Franken.

Aufgrund der angespannten Währungs- und damit auch Wirtschaftssituation allgemein konzentriert sich der Preisüberwacher im laufenden Jahr generell auf wichtige **Kostentreiber für die Industrie und das Gewerbe**. International konkurrenzfähige Preise beispielsweise für die *Energie- oder Wasserversorgung* oder angemessene *Post-, Verkehrs- und Kommunikationstarife* sowie eine tiefe Belastung mit staatlichen *Gebühren und Abgaben* sind von zentraler Bedeutung, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und einer Produktionsverlagerung ins Ausland entgegenzutreten.

Keine Einigung konnte der Preisüberwachers mit der **Schweizerischen Post** über eine Anpassung von Preisen im Bereiche der inländischen Brief- und Paketpost erzielen. Die Analyse des Preisüberwachers der Gewinn- und Kostensituation im Logistikbereich der Post hat gezeigt, dass ein ungenutztes Preissenkungspotential besteht. Der Preisüberwacher erwartet von der Post, dass sie auch die betroffene Wirtschaft und Konsumentinnen und Konsumenten über Preissenkungen von ihrem Betriebserfolg profitieren lässt. Deshalb hat er kürzlich ein formelles Verfahren eröffnet. Bestätigt sich in diesem Verfahren, dass gewisse Preise überhöht sind, so kann der Preisüberwacher einen beschwerdefähigen Entscheid erlassen. Im Bereich der reservierten Dienste kann er gegebenenfalls eine Empfehlung an den Bundesrat richten. Mit einem Verfahrensabschluss ist in der zweiten Jahreshälfte 2013 zu rechnen.

Einen Gesamtüberblick der Schwerpunkthemen 2013 gibt das beiliegende Faktenblatt.

Meldungs- und Bearbeitungsstatistik 2012

2012 bearbeitete die Preisüberwachung 2796 Bürgermeldungen. Diese betrafen am häufigsten Tarife der *Post* (20 Prozent). Zweithäufigster Kritikpunkt waren Preise aus dem Bereich der *Telekommunikation* (13.5 Prozent). Überdurchschnittlich viele Meldungen waren ferner zu Preisen aus dem *Gesundheitswesen* sowie zu den Tarifen des *öffentlichen Verkehrs* zu verzeichnen.

Von Behördenseite wurden dem Preisüberwacher gemäss Art. 14 PüG und Art. 15 PüG insgesamt 421 Tarifvorlagen zur Stellungnahme unterbreitet. In über 100 Fällen gab der Preisüberwacher konkrete Empfehlungen ab. Am meisten Interventionen gab es zu Preisen und Tarifen im Gesundheitswesen (rund 70 Fälle). Sehr intensiv nahm der Preisüberwacher sein gesetzliches Empfehlungsrecht auch im kommunalen *Versorgungs- und Entsorgungsbereich*, insbesondere bei Wasser-, Abwasser- und Abfalltarifen wahr (26 Fälle).

Kontakt/Rückfragen:

Stefan Meierhans, Preisüberwacher, Tel. 031 322 21 02

Beat Niederhauser, Geschäftsführer, Tel. 031 322 21 03

Rudolf Lanz, Leiter Recht und Information, Tel. 031 322 21 05